

Selbstauskunft / Antrag zum Abschluss einer Fördervereinbarung für die Kaltmietfreistellung

im Technologie- und Gründerzentrum/Applikationszentrum

für den Maßnahmenzeitraum	Tag / Monat / Jahr		Ende	Tag / Monat / Jahr	
	Beginn				

subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB

1. Angaben zum Unternehmen

Name (genaue Bezeichnung laut HRA oder Gewerbeanmeldung, bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen immer mit Namen und Vornamen der/des Gewerbetreibenden)

	PLZ	Ort	Straße/Hausnummer
Hauptsitz			
andere Betriebsstätten/Niederlassungen			
a)			
b)			

Gründungsdatum (Laut Handelsregisterauszug oder Gewerbeanmeldung), subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB

Datum der erstmaligen Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, falls abweichend vom Gründungsdatum (subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB)

für das oben genannte Unternehmen in einer vorherigen Rechtsform

Die ersten drei Jahre nach Unternehmensgründung sind noch nicht erreicht:

Ja Nein

Anzahl der Beschäftigten des Unternehmens (zum Zeitpunkt der Antragstellung) (subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB)	im Unternehmen	im TGZ tätig (bzw. für TGZ-Einmietung geplant)
im Unternehmen tätige Inhaber/Geschäftsführer		
Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter (ohne oben genannter Inhaber/Geschäftsführer)		

Tätigkeit des Unternehmens

Kurzdarstellung der Unternehmenszielstellung (Beschreibung der technologieorientierten/wissensbasierten/kreativwirtschaftlichen Geschäftstätigkeit)

Zuordnung des Unternehmens zu

a) technologieorientiert bzw. wissensbasiert (Definition gemäß Listen wissens- und technologieintensiver Güter und Wirtschaftszweige gemäß Zwischenbericht zu den NIW/ISI/ZEW-Listen 2010/2011):

Ja Bezeichnung des Wirtschaftszweiges (auch Angabe des 2- bis 4-Stellers): _____

Nein

b) kreativwirtschaftlich (Definition gemäß der in Nr. 5.4.5 der Richtlinie des Freistaats Thüringen zur Förderung von Forschung, Technologie und Innovation genannten Teilmärkte)

Ja Bezeichnung des Teilmarktes: _____

Nein

2. Erklärungen des Unternehmens (nachfolgend Mieter genannt)

Diese Selbstauskunft ist Bestandteil des Antrages der TGZ-Betreiber-Gesellschaft auf Gewährung eines Zuschusses nach der Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung von Forschung, Technologie und Innovation. Insbesondere werden die Angaben zur Bewilligung einer Freistellung von der Kaltmiete für mein/unser junges technologieorientiertes/junges wissensbasiertes/junges kreativwirtschaftlich tätiges KMU innerhalb der ersten drei Jahre nach Unternehmensgründung herangezogen (Fördervereinbarung).

In diesem Zusammenhang erkläre ich:

- dass ich weder unmittelbar noch mittelbar bei einem gleichen oder ähnlichen Vorhaben gefördert werde, dass für den gleichen Zweck (Kaltmiete - ggf. Bestandteil der Betriebskosten) keine andere Förderung beantragt wurde und dass die technologieorientierte/wissensbasierte/kreativwirtschaftliche Geschäftstätigkeit im TGZ durchgeführt wird.
- dass ich die Zahlungen nicht eingestellt habe und gegen mich kein Insolvenz-, Konkurs- oder Vergleichsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, das unmittelbare Bestehen eines Insolvenz-, Konkurs- oder Vergleichsverfahrens im Maßnahmenzeitraum dem Fördermittelgeber über die TGZ-Betreiber-Gesellschaft bekannt zu geben.
- dass ich Änderungen der in der De-minimis-Erklärung und Selbstauskunft erklärten Sachverhalte der TGZ-Betreiber-Gesellschaft unverzüglich mitteilen werde.
- dass mir bekannt ist, dass ein ggf. mittels Fördervereinbarung bewilligter Zuschuss aufgehoben und zurückgefordert werden kann, wenn er durch in wesentlicher Beziehung unrichtige oder unvollständige Angaben oder sonst zu Unrecht erlangt wurde und ich in dem Fall verpflichtet bin, den Zuschuss zzgl. Zinsen zurückzuzahlen.
- dass mir bekannt ist, dass auf die Bewilligung des Zuschusses kein Rechtsanspruch besteht und dass ein beantragter oder bewilligter Zuschuss nicht abgetreten werden darf.
- dass mir bekannt ist, dass die nachstehenden Angaben im Antrag und die Angaben in den dazu eingereichten Unterlagen, von denen die Bewilligung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, substantiell erheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16. Dezember 1996 (GVBl. S. 319) sind:
 - Angaben zum Antragsteller;
 - Angaben zum Maßnahmenzeitraum;
 - steuer- und gesellschaftsrechtliche Verhältnisse;
 - Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanzsumme;
 - Besitz- und Beteiligungsverhältnisse;
 - technologieorientierte/wissensbasierte/kreativwirtschaftliche Geschäftstätigkeit;
 - Angaben zu beantragten oder bereits erhaltenen öffentlichen Finanzierungshilfen;
 - Finanzierungsplan.

Ich bin unterrichtet, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben zu diesem Antrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§ 264 des Strafgesetzbuches) und die Rückzahlung der Zuwendung zur Folge haben können. Der Mieter verpflichtet sich, der Thüringer Aufbaubank Änderungen bzw. den nachträglichen Wegfall von Voraussetzungen für die Subventionsgewährung anzuzeigen.

- Einwilligungserklärung zur Datenerhebung

Ich bin damit einverstanden, dass die sich aus den Antragsunterlagen und der Förderung ergebenden Daten von allen an der beantragten Finanzierung Beteiligten, insbesondere der TAB und ggf. der Hausbank nebst deren etwaigem Zentralinstitut, der EU-Kommission, dem für die Förderung zuständigen Ministerium - sowie den von den Genannten für Gutachten oder Refinanzierungsmittel eingeschalteten Personen/Institutionen - für die Zwecke verarbeitet und genutzt werden, die sich aus den zur Finanzierung des Vorhabens erforderlichen Geschäftsbeziehungen ergeben. Ich bin außerdem einverstanden, dass dies auch in anonymisierter oder pseudonymisierter Form für statistische Zwecke erfolgen kann.

Nach Verordnung (EG) Nr. 1303/2013 erkläre ich das Einverständnis zur Aufnahme in die gemäß Artikel 115 Absatz 2 der oben genannten Verordnung veröffentlichte Liste der Vorhaben.

3. Anlagen zur Selbstauskunft

- erste Gewerbeanmeldung und ggf. Gewerbeanmeldung(en) – auch für juristische Personen
- aktueller Handelsregisterauszug bzw. Anmeldung beim zuständigen Registergericht
- zuletzt erhaltene De-minimis-Bescheinigung in Kopie
- aktuelle „Angaben zum Unternehmen (KMU-Bewertung)“

4. Rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Mieters

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher in den Unterlagen zur Selbstauskunft enthaltenen Angaben.

Ort und Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en), Firmenstempel sowie Name(n) in Druckbuchstaben

5. Eingangsvermerk der TGZ-Betreiber-Gesellschaft

Ort und Datum

Stempel und Unterschrift